AMTSBLATT

DER BUNDESSTADT BONN

39. Jahrgang

28. Dezember 2007

Nummer 55

Niederschrift

über die Sitzung des Rates der Stadt Bonn
am Montag, dem 26.11.2007, um 18.00 Uhr,
im Ratssaal, Stadthaus, Berliner Platz 2

	Niederschrift	
	☒ öffentlich	☐ nicht öffentlich
	Drucksachennummer	
	0810942NO	
Sitzung	Rat	
		VIII/25
Sitzungstag	26.11.2007	
Sitzungsort	Stadlhaus, Ratssaal - Sondersitzung -	
Beginn	18:07	Uhr
Ende	19:19	Uhr

Seite

Tagesordnung

1	Öffentliche Sitzung	
1.0	Anerkennung der Tagesordnung	1160
1.1	Einführung und Verpflichtung des Stadtverordneten Guido Pfeiffer – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -	1160
1.2	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 23.04.2007	1160
1.3	Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen	1160
1.3.1	Drucksachen-Nr.: <u>0713159</u> Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung der Oberbürgermeisterin betr. Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Verwaltungshaushalt – Hast. 6300.511.2000.8 – Unterhaltung Signalanlagen	
1.4	Vorlagen aufgrund von Empfehlungen der Bezirksvertretungen und der Ausschüsse - entfällt -	
1.5	Anträge von Fraktionen	1161
1.5.1	Drucksachen-Nr.: <u>0713226</u> Interfraktioneller Dringlichkeitsantrag vom 22.11.2007 Betr. Resolution zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts- Auswirkungen in Bonn	
1.6	Anträge von Ratsmitgliedern	1161
	- entfällt -	
1.7	Vorlagen der Verwaltung	
1.7.1	Drucksachen-Nr.: <u>0712713</u> Ausschreibung der Stelle einer Beigeordneten bzw. eines Beigeordneten	1161

1.7.2	Drucksachen-Nr.: <u>0712776</u> Wahl einer Beigeordneten beziehungsweise eines Beigeordneten (Dez. VI) (Stellenplan-Nr. VV/000 100; Bes.-Gr. B 5 BBesG)	1161
1.7.3	Drucksachen-Nr.: <u>0712777</u> Wahl einer Beigeordneten beziehungsweise eines Beigeordneten (Dez. V) (Stellenplan-Nr. VV/000 080; Bes.-Gr. B 5 BBesG)	1162
1.7.4	Drucksachen-Nr.: <u>0713082</u> Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) <u>hier: Neufassung der Satzung</u>	1162
1.7.5	Drucksachen-Nr.: <u>0713085</u> Bestellung von Gründungsgeschäftsführern in der gemeinsamen Dienstleistungsgesellschaft Mittelrhein mbH (GDM)	1162
1.8	Mitteilungen	
1.8.1	Drucksachen-Nr.: <u>0713084</u> Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR); hier: Gründungssatzung	1163
1.8.2	Drucksachen-Nr.: <u>0713086</u> Punkte der nichtöffentlichen Sitzung	1163

1 Öffentliche Sitzung

1.0 Anerkennung der Tagesordnung

Beschluss: (einstimmig bei zwei Enthaltungen)

Die mit der Einladung vom 12.11.2007 zur 25. öffentlichen Sitzung des Rates am 26.11.2007 übersandte Tagesordnung wird anerkannt; der Behandlung der zur Tagesordnung nachgereichten Beratungsgegenstände betr.

- die Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Verwaltungshaushalt - Hst. 6300.511.2000.8 - Unterhaltung Signalanlagen unter TOP 1.3.1 und
- den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag vom 22.11.2007 zur Resolution zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts - Auswirkungen in Bonn unter TOP 1.5.1

wird zugestimmt.

1.1 Einführung und Verpflichtung des Stadtverordneten Guido Pfeiffer – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Die Stadtverordnete Coletta Manemann – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – hat ihr Mandat als Mitglied des Rates mit Ablauf des 31.10.2007 niedergelegt.

Gemäß § 45 KWahlG wurde aus dem Listenvorschlag der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Guido Pfeiffer als Nachfolger festgestellt.

Herr Pfeiffer hat das Mandat mit Wirkung vom 15. November 2007 angenommen und ist als neuer Stadtverordneter einzuführen und zu verpflichten.

Die Oberbürgermeisterin führt Herrn Pfeiffer als neuen Stadtverordneten mit folgender Verpflichtungsformel in sein neues Amt ein:

„Ich verpflichte mich, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch und ohne Ansehen der Person ausüben, dass ich gewissenhaft Verfassung und Gesetz befolgen, für das Wohl der Stadt arbeiten und ihr unbestechlich und ohne Eigennutz dienen werde.“

1.2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 23.04.2007

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 23.04.2007 wird genehmigt.

1.3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

1.3.1 Drucksachen-Nr.: 0713159

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung der Oberbürgermeisterin betr. Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Verwaltungshaushalt – Hst. 6300.511.2000.8 – Unterhaltung Signalanlagen

Beschluss: (einstimmig)

Die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung der Oberbürgermeisterin wird genehmigt.

Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 GO NW

Der diesjährige Haushaltsansatz für die Unterhaltung der Signalanlagen auf der Hst. 6300.511.2000.8 ist um 120.000 € auf 594.300 € aufzustocken.

Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 9010.810.0000.1 – Gewerbesteuerumlage.

1.4 Vorlagen aufgrund von Empfehlungen der Bezirksvertretungen und der Ausschüsse

- entfällt -

1.5 Anträge von Fraktionen

1.5.1 Drucksachen-Nr.: 0713226

Interfraktioneller Dringlichkeitsantrag vom 22.11.2007 betr. Resolution zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts - Auswirkungen in Bonn

Beschluss: (einstimmig)

Der Rat der Stadt Bonn schließt sich dem Votum des Städtetages Nordrhein-Westfalen an, das Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts nicht zum 1. Januar 2008 in Kraft treten zu lassen, da sonst die Befürchtung besteht, dass die geplante Aufgabenveränderung sowie der Personalübergang nur mit größeren Qualitätsverlusten durchgeführt werden könnten.

An einer kurzen Aussprache beteiligen sich die Stv. Poppe -Bündnis '90/Die Grünen- und Hümmrich -FDP-.

1.6 Anträge von Ratsmitgliedern

- entfällt -

1.7 Vorlagen der Verwaltung

1.7.1 Drucksachen-Nr.: 0712713

Ausschreibung der Stelle einer Beigeordneten bzw. eines Beigeordneten

Beschluss: (mit Mehrheit gegen Grüne bei Enthaltung Stv. Dr. Gröner –parteilos-)

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stelle einer Beigeordneten bzw. eines Beigeordneten, Besoldungsgruppe B 5 BBesO, mit einer Wahlzeit von acht Jahren auszuschreiben.
2. Im Übrigen wird die Verwaltung ermächtigt, hierzu durch Einschaltung eines Headhunters die Wahl einer Beigeordneten bzw. eines Beigeordneten vorzubereiten (siehe nichtöffentlicher Teil).
3. Für die Ausschreibung wird der in der Anlage I beigefügte Text festgelegt.

An einer Aussprache beteiligen sich die Stv. Paß-Weingartz -Bündnis '90/Die Grünen-, die den Änderungsantrag ihrer Fraktion begründet, Klein -SPD-, Hauser -CDU-, Hümmrich -FDP- sowie Stv. Dr. Gröner -parteilos-. Der Rat lehnt alsdann den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen ab und fasst den vorstehenden Beschluss mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen bei Stimmenthaltung von Stv. Dr. Gröner -parteilos-.

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen (DS-Nr. 0712713AA3) vom 18.10.2007 hatte folgenden Wortlaut:

Die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages der Verwaltung wird gestrichen.

1.7.2 Drucksachen-Nr.: 0712776

Wahl einer Beigeordneten beziehungsweise eines Beigeordneten (Dez. VI) (Stellenplan-Nr. VV/000 100; Bes.-Gr. B 5 BBesG)

Beschluss: (einstimmig bei Enthaltung Stv. Dr. Gröner –parteilos- bei Nichtbeteiligung Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Werner Wingefeld wird unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von acht Jahren zum Beigeordneten ernannt.
Besoldung nach Besoldungsgruppe B 5 BBesG.

Stv. Uckermann -Bündnis '90/Die Grünen- gibt zu Protokoll, dass sich seine Fraktion weder an der Abstimmung zu diesem Punkt noch an der Abstimmung zu dem nächsten Punkt beteiligen werde, da sie sich nicht als ausreichend informiert betrachte.

- 1.7.3 Drucksachen-Nr.: **0712777**
Wahl einer Beigeordneten beziehungsweise eines Beigeordneten (Dez. V)
(Stellenplan-Nr. VV/000 080; Bes.-Gr. B 5 BBesG)

**Beschluss: (einstimmig bei zwei Enthaltungen und Nichtbeteiligung Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen)**

Frau Angelika Maria Wahrheit wird unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von acht Jahren zur Beigeordneten ernannt.
Besoldung nach Besoldungsgruppe B 5 BBesG.

- 1.7.4 Drucksachen-Nr.: **0713082**
Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS)
hier: Neufassung der Satzung

Beschluss: (einstimmig)

Der Rat der Bundesstadt Bonn stimmt der Neufassung der Zweckverbandssatzung für den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg zu. Diese Neufassung tritt nach der positiven Beschlussfassung in der VRS-Zweckverbandsversammlung (06.12.2007) am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

- 1.7.5 Drucksachen-Nr.: **0713085**
Bestellung von Gründungsgeschäftsführern in der gemeinsamen Dienstleistungsgesellschaft Mittelrhein mbH (GDM)

Beschluss: (mit Mehrheit gegen Stv. Dr. Gröner –parteilos- bei Nichtbeteiligung Stv. Dr. Heckes -CDU-, die weder an der Beratung noch an der Abstimmung teilnimmt; an der Abstimmung nehmen die Stv. Dr. Gilles und Breuers –CDU- nicht teil)

Der Rat der Bundesstadt Bonn weist seinen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Bonn GmbH an, als Gründungsgeschäftsführer der Gemeinsamen Dienstleistungsgesellschaft Mittelrhein mbH (GDM) seitens der SWB GmbH

Herrn Prof. Dr. Hermann Zemlin
Herrn Marco Westphal

zu bestellen und der Bestellung von Herrn Dirk Hillesheim und Herrn Gerhard Krose (Stadtwerke Neuwied SWN) zu weiteren Gründungsgeschäftsführern laut Konsortialvertrag zuzustimmen.

Die Bestellung bezieht sich ausschließlich auf Geschäfte, die mit dem Gründungsakt in Zusammenhang stehen. Vor der Aufnahme der operativen Tätigkeit der Gesellschaft sind seitens des Aufsichtsrats der SWB GmbH sowie durch den Rat der Bundesstadt Bonn die Geschäftsführer endgültig und mit allen Konditionen zu benennen.

Die Ergänzung von Herrn Krose (Fettdruck) zum weiteren Gründungsgeschäftsführer der Stadtwerke Neuwied ergibt sich aus der ergänzenden Stellungnahme der Verwaltung, sh. DS-Nr.: 0713085ST2.

An einer ausführlichen Aussprache beteiligen sich die Stv. Pfeiffer –Bündnis 90/Die Grünen-, Stv. Dr. Gilles, Stv. Breuers und Stv. Hauser –CDU-, Stv. Hümmrich –FDP-, der mögliche Kooperationen mit größeren Unternehmen anspricht, Stv. Dr. Gröner –parteilos-, Stv. Esser –SPD- sowie Prof. Zemlin –SWB-GmbH- und Frau OB Dieckmann. Hierbei erklärt Stv. Dr. Gilles zu Protokoll, dass er sich an der Abstimmung nicht beteiligen werde, und zwar nicht, weil er aus inhaltlichen Gründen gegen das Unternehmen sei, sondern aus rein formalen Gründen, da die beiden Vorbehalte, unter denen der Ratsbeschluss vom 18.10.2007 stehe, nach seinem Kenntnisstand noch nicht ausgeräumt seien. Er gehe jetzt nur auf einen der beiden Vorbehalte ein, wonach die noch vorzulegenden Businesspläne den plausiblen Nachweis erbringen sollen, dass die Beteiligung nachhaltig wirtschaftlich sei. Im gleichen Sinne äußert sich Stv. Breuers, der in diesem Zusammenhang ebenfalls erklärt, dass er sich an der Abstimmung nicht beteiligen werde. Prof. Zemlin SWB-GmbH führt hierzu aus, dass die gewünschten Unterlagen und Nachweise dem Rat fristgerecht zu seiner Sitzung am 17.12.2007 mit den Einladungsunterlagen am 03.12.2007 zugeleitet würden. Frau OB Dieckmann führt aus, dass die geplanten Beteiligungen nicht im Widerspruch zu einer künftigen strategischen Ausrichtung der SWB und ihrer Töchter stünden und dass insofern auch der zweite Vorbehalt aus der Sitzung des Rates vom 18.10.2007 erfüllt sei.

Die zur Sitzung nachgereichte ergänzende Stellungnahme (00713085ST2) hatte folgenden Wortlaut:

Ergänzend zur Beschlussvorlage Drucksache Nr. 0713085 soll der Benennung von Herrn Gerhard Krose neben Herrn Dirk Hillesheim als weiteren Gründungsgeschäftsführer der Gemeinsamen Dienstleistungsgesellschaft Mittelrhein mbH für die Stadtwerke Neuwied zugestimmt werden.

Die Geschäftsführung der SWB hat mit Schreiben vom 13.11.2007 den Aufsichtsratsmitgliedern mitgeteilt, dass wegen eines Fehlers versäumt wurde, für die Stadtwerke Neuwied den zweiten Gründungsgeschäftsführer rechtzeitig mitzuteilen. Die Bestellung bezieht sich auch ausschließlich auf den Gründungsakt, eine endgültige Bestellung gemäß § 6 des Konsortialvertrags erfolgt vor Aufnahme des operativen Geschäftes. Der Aufsichtsrat wird hierüber in seiner Sitzung am 21.11.2007 befinden. Die Verwaltung wird den Rat über die Beschlussfassung informieren.

1.8 **Mitteilungen**

1.8.1 **Drucksachen-Nr.: 0713084 Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR); hier: Gründungssatzung**

Der Rat nimmt von der hierzu in der Einladung abgedruckten Mitteilung ohne Aussprache Kenntnis.

1.8.2 **Drucksachen-Nr.: 0713086 Punkte der nichtöffentlichen Sitzung**

Der Rat nimmt von der hierzu in der Einladung abgedruckten Mitteilung ohne Aussprache Kenntnis.

gez. Dieckmann

(Bärbel Dieckmann)
Oberbürgermeisterin

gez. Schmitz

(Konrad Schmitz)
Schriftführer

Anwesenheitsliste

Anlage 1
zur Niederschrift des Rates vom
26.11.2007

RAT:
OB Dieckmann

CDU:

Stv. von Alten-Bockum ab 18.00 Uhr
Stv. Berg
Stv. Breuers
Stv. Cziudaj
Stv. Déus, Guido
Stv. Fenninger
Stv. Dr. Gilles
Stv. Härling
Stv. Hauser
Stv. Dr. Heckes
Stv. Hentschel
Bgm. Joisten
Stv. Kläser
Stv. Krämer-Breuer
Stv. Limbach
Stv. Maiwaldt
Stv. Nelles
Stv. Overmans
Stv. Reischl
Stv. van Schewick
Stv. Schwolen-Flümann
Stv. Steffens
Stv. Willms
Stv. Winter

SPD:

Stv. Buhse ab 18.00 Uhr
Stv. Coché
Stv. Eichenhorst
Stv. Eickhoff
Stv. Esch
Stv. Esser
Stv. Grenz
Stv. von Grünberg
Stv. Harder
Stv. Hürter
Stv. Ingenkamp
Stv. Klein
Bgm. Naaß
Stv. Dr. Naß
Stv. Richter
Stv. Salzburger
Stv. Schaper
Stv. Schilling
Stv. Schröder-Diederich

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Stv. Beger ab 18.00 Uhr
Stv. Beu
Bgm. Finger
Stv. Heinzel
Stv. Herrmann
Stv. Kappel
Stv. Mengelberg
Stv. Paß-Weingartz
Stv. Pfeiffer
Stv. Poppe
Stv. Uckermann

FDP:

Bgm. Hauschild ab 18.00 Uhr
Stv. Hümmerich
Stv. Kansy
Stv. Kivelip
Stv. Nollmann
Stv. Stamp

Bürger Bund Bonn:

Stv. Dr. Lang ab 18.00 Uhr
Stv. Holch

Parteilos:

Stv. Dr. Gröner ab 18.00 Uhr

Entschuldigt:

Stv. Schuck -CDU-
Stv. Weiland -Die Linkspartei-
Stv. Plantiko -UWG Bonn-

Verwaltung:

SID Dr. Kregel
SIK Prof. Dr. Sander
Bg Dr. Krapf
BL Naujoks
CD Braun
AL Liminski
AL Stein
AL Thomas
AL van Vorst
Frau Lau
Herr Schmitz
Frau Strauch

Ende der öffentlichen
Sitzung: 19.19 Uhr

Die Bundesstadt Bonn
sucht

Anlage I

eine Umweltdezernentin oder einen Umweltdezernenten

Städtischer Umweltschutz unterliegt ständig wachsenden Anforderungen, so dass eine permanente Optimierung und ein flexibles Reagieren auf geänderte Rahmenbedingungen Grundanforderungen an einen innovativen Umweltschutz sind. Um das umfassende Aufgabenspektrum des Umweltschutzes in einer Stadt mit Sitz von Institutionen der Vereinten Nationen, Standort von Bundesministerien, einer Universität, zahlreicher Forschungseinrichtungen und Wissenschaftsorganisationen sowie als Sitz von global operierenden Unternehmen erfolgreich fortzusetzen und weiter zu entwickeln, suchen wir eine engagierte, fachlich qualifizierte Führungspersönlichkeit, die über ein besonderes Verständnis für die vielfältigen Belange des Umweltschutzes und Kreativität verfügt, um die politischen Ziele des Umweltschutzes sichtbar zu verwirklichen.

Sie werden uns überzeugen, wenn Sie

- die gemäß § 71 Gemeindeordnung NRW für das Amt erforderlichen fachlichen Voraussetzungen erfüllen,
- neben einem hohen Maß an Fachkompetenz in Fragen des Umweltschutzes ebenso Ideenreichtum, Kooperationsfähigkeit und Managementfähigkeiten besitzen,
- über mehrjährige Erfahrungen in der Leitung größerer Organisationseinheiten verfügen,
- auf Ihrem bisherigen Berufsweg fundiertes Fach- und Methodenwissen im Umweltschutz auch in der praktischen Anwendung unter Beweis gestellt haben,
- dynamisch und entscheidungsfreudig sind.

Zum Geschäftsbereich gehören die Fachbereiche Gesundheitsamt, Amt für Umwelt, Verbraucherschutz und Lokale Agenda, Amt für Stadtgrün und Leistungszentrum Amt für Stadtreinigung und Abfallwirtschaft.

Eine anderweitige Geschäftsverteilung bleibt vorbehalten.

Die Einstellung erfolgt nach den im Land NRW geltenden Vorschriften unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von acht Jahren.

Die Besoldung richtet sich nach Besoldungsgruppe B 5 Bundesbesoldungsordnung zuzüglich einer Aufwandsentschädigung nach der Eingruppierungsverordnung.

Wenn Sie sich Ihre weitere berufliche Karriere als Dezernentin oder Dezernent in einer Stadt von über 300.000 Einwohnern mit interessanten Zukunftsperspektiven vorstellen können, sollten Sie sich bewerben.

Bewerbungen von Schwerbehinderten sind erwünscht.

Nach den gesetzlichen Vorschriften werden Bewerbungen von Frauen für diese Stelle bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte bis zum an.....

Aktuelle Fassung	Entwurf der geänderten Fassung Stand: 22.10.2007
<p data-bbox="373 577 612 629">S a t z u n g</p> <p data-bbox="459 685 528 723">des</p> <p data-bbox="217 786 767 837">Zweckverbandes (ZV VRS)</p> <p data-bbox="197 891 786 943">Verkehrsverbund Rhein-Sieg</p> <p data-bbox="341 981 639 1019">(Stand: 25.11.2003)</p> <p data-bbox="379 2011 587 2047"><u>Inhaltsverzeichnis</u></p>	<p data-bbox="1050 465 1278 504">- Entwurf -</p> <p data-bbox="1043 562 1283 613">S a t z u n g</p> <p data-bbox="1129 663 1198 701">des</p> <p data-bbox="991 763 1334 801">Zweckverbandes</p> <p data-bbox="868 869 1458 920">Verkehrsverbund Rhein-Sieg</p> <p data-bbox="1059 976 1259 1014">(ZV VRS)</p> <p data-bbox="1043 1077 1275 1115">(ab 01.01.2008)</p> <p data-bbox="1050 2022 1257 2058"><u>Inhaltsverzeichnis</u></p>

(2) Er hat seinen Sitz in Köln.

§ 1 Verbandsmitglieder

- (1) Die Stadt Bonn,
der Erftkreis,
die Stadt Köln,
die Stadt Leverkusen,
die Stadt Monheim am Rhein,
der Oberbergische Kreis,

der Rhein-Sieg-Kreis,
der Rheinisch-Bergische Kreis und
der Kreis Euskirchen

bilden zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) im Kooperationsraum Rhein-Sieg, der sich aus der anliegenden Karte (Anlage 1) ergibt, einen Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG).

(2) Der Beitritt weiterer Mitglieder ist möglich.

§ 3 Aufgaben

(1) Der Zweckverband hat die ihm nach den gesetzlichen Vorschriften insbesondere des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) übertragenen Aufgaben. Dazu gehört insbesondere, den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) als Aufgabenträger und als zuständige Behörde zu planen, zu organisieren sowie auszugestalten.

In Anerkennung der Hinwirkungsverpflichtung (vgl. § 5 Abs. 3 ÖPNVG NRW) hat der Zweckverband damit folgende Aufgaben:

- Fortentwicklung des bestehenden Gemeinschaftstarifes,
- Bildung kooperationsraumübergreifender Tarife mit dem Ziel eines landesweiten Tarifs,
- Schaffung eines koordinierten Verkehrsangebots im ÖPNV und einheitlicher
 - Beförderungsbedingungen (mit dem Ziel der Schaffung landeseinheitlicher Beförderungsbedingungen),
 - Produkt- und Qualitätsstandards,
 - Fahrgastinformations- und Betriebssysteme und
- übergreifendes Marketing zur Erreichung einer integrierten Verkehrsgestaltung im ÖPNV.

(2) Der Zweckverband hat in diesem Rahmen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Erstellung des regionalen Nahverkehrsplans, der die öffentlichen Verkehrsinteressen des Nahverkehrs konkretisieren soll

(2) Er hat seinen Sitz in Köln.

§ 2 Verbandsmitglieder und Verbandsgebiet

- (1) Die Stadt Bonn,
die Stadt Köln,
die Stadt Leverkusen,
die Stadt Monheim am Rhein,
der Rhein-Erft Kreis,
der Oberbergische Kreis,
der Rhein-Sieg-Kreis,
der Rheinisch-Bergische Kreis und
der Kreis Euskirchen

bilden zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) im Kooperationsraum Rhein-Sieg, der sich aus der anliegenden Karte (Anlage 1) ergibt, einen Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG).

(2) Der Beitritt weiterer Mitglieder nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen ist möglich.

§ 3 Aufgaben

(1) Der Zweckverband hat die nachfolgenden Aufgaben wahrzunehmen, die ihm auf der Grundlage des einschlägigen Gesetzes (derzeit: Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr Nordrhein-Westfalen ÖPNVG NRW) übertragen werden.

(2) Der Zweckverband hat gemäß § 5 Abs. 3 ÖPNVG NRW darauf hinzuwirken, dass die Verkehrsunternehmen den Gemeinschaftstarif (Verbundtarif) und die dazu gehörenden Beförderungsbedingungen anwenden und bei starken überregionalen Verkehrsverflechtungen Übergangstarife geschaffen bzw. Bestehende fortgebildet werden. Er hat des Weiteren auf die Bildung Kooperationsraum übergreifender Tarife mit dem Ziel eines landesweiten Tarifs und landeseinheitlicher Beförderungsbedingungen hinzuwirken.

(3) Der Zweckverband entscheidet über die Fortschreibung des Gemeinschaftstarifs (Verbundtarifs), der Übergangstarife und der dazu gehörenden Beförderungsbedingungen. Er entscheidet gemeinsam mit den anderen zuständigen nordrhein-westfälischen Zweckverbänden über die Fortschreibung des landesweiten Tarifs (NRW-Tarif).

(4) Der Zweckverband nimmt die Aufgabe Tarif unter dem Aspekt „Gemeinschaftstarif“ nach den jeweils einschlägigen gesetzlichen Vorschriften wahr (derzeit: als Aufgabenträger nach § 5 Abs. 3 PBefG und als zuständige Behörde nach Artikel 9 der Verordnung (EWG) Nr. 1191/69).

(5) Der Zweckverband ermittelt und schreibt die unternehmensspezifischen Aufwanddeckungsfehlbeträge nach § 18 Abs. 2 Satz 4 der Zweckverbandssatzung fort.

2. Abschluss von Verkehrsdurchführungsverträgen mit den SPNV-Unternehmen und – für Schienenersatzverkehre im Sinne des § 11 Abs. 5 ÖPNVG NRW – mit den geeigneten Verkehrsunternehmen, ggf. nach einer Ausschreibung, die vom Zweckverband beim Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen durchzuführen ist.

3. Hinwirken auf eine Koordinierung des regionalen Nahverkehrsplans mit den lokalen Nahverkehrsplänen unter Mitwirkung der betroffenen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen.

4. Koordinierung des regionalen Nahverkehrsplans mit den regionalen Nahverkehrsplänen benachbarter Zweckverbände unter Mitwirkung der betroffenen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen.

(3) Er hat u.a. folgende weitere Aufgaben:

1. Mitwirkung an der Bedarfsplanung für den ÖPNV im Land Nordrhein-Westfalen und der Erstellung und Veränderung der entsprechenden Pläne (wie Verkehrsinfrastrukturplan und Ausbauplan nach § 7 Abs. 3 ÖPNVG NRW).

2. Förderung und Unterstützung des ÖPNV

Der Zweckverband hat insbesondere darauf hinzuwirken, dass die Verkehrsunternehmen weiterhin einen Gemeinschaftstarif und einheitliche Beförderungsbedingungen anwenden und bei starken überregionalen Verflechtungen Übergangstarife geschaffen bzw. bestehende fortgebildet werden.

3. Wahrnehmung der Teilaufgabe Tarif unter dem Aspekt „Gemeinschaftstarif“ als Aufgabenträger nach § 3 Absatz 3 PBefG und als zuständige Behörde nach Artikel 9 der Verordnung (EWG) Nr. 1191/69.

4. Entscheidungen über den Gemeinschaftstarif (Verbundtarif) sowie Übergangstarife und die dazu gehörenden Beförderungsbedingungen.

5. Hinwirken auf eine Koordinierung des verbundbezogenen betrieblichen Leistungsangebotes einschließlich Fahrplan im Schnittstellen-Bereich.

6. Erstellung des Verbundfahrplanes.

7. Betreiben des verbundübergreifenden regionalen Marketing, d. h. Marktforschung und der Verkaufsförderung sowie der Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und Fahrgastinformation.

8. Erstellung einer jahresbezogenen Erfolgsrechnung, getrennt für den SPNV und den ÖPNV im übrigen.

9. Erstellung eines SPNV-Qualitätsberichtes.

10.-Ermittlung und Fortschreibung der unternehmensspezifischen Aufwanddeckungsfehlbeträge nach § 13 Abs. 2 Satz 4 der Zweckverbandssatzung.

(6) Der Zweckverband wirkt auf ein koordiniertes Verkehrsangebot im ÖPNV mit einheitlichen Produkt- und Qualitätsstandards, einheitlichen Fahrgastinformations- und Betriebssystemen und einem unternehmensübergreifenden ÖPNV-Marketing hin.

(7) Der Zweckverband wirkt darauf hin, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeption und Qualitätsstandards bei ihrer Planung beachten.

(8) Der Zweckverband erstellt jährlich eine Aufwands- und Ertragsprognose zur Abschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung des Verbundverkehrs.

(9) Die Mitglieder können den Zweckverband mit der Erledigung weiterer Aufgaben betrauen. Einzelne Mitglieder können – vorbehaltlich einer zuvor jeweils abzuschließenden Kostentragungsregelung – den Zweckverband mit der Erledigung eigener Aufgaben beauftragen.

(10) Die Durchführung des Verkehrs und damit die Übernahme einer unternehmerischen Tätigkeit ist nicht Aufgabe des Zweckverbandes. Sie obliegt den im VRS tätigen Verkehrsunternehmen.

(11) Der Zweckverband nimmt in seinem Zuständigkeitsbereich die Aufgaben eines Trägers öffentlicher Belange (TöB) wahr.

(4) Die Mitglieder können den Zweckverband mit der Erledigung weiterer Aufgaben betrauen.

Dazu können insbesondere Maßnahmen betreffend die Infrastruktur im ÖPNV (vgl. § 12 ÖPNVG NRW) gehören. Die Übernahme weiterer Aufgaben bedarf eines Beschlusses der Verbandsversammlung sowie der vorherigen Zustimmung der am Zweckverband beteiligten Gebietskörperschaften.

Einzelne Mitglieder können – vorbehaltlich einer zuvor jeweils abzuschließenden Kostentragungsregelung – den Zweckverband mit der Erledigung eigener Aufgaben beauftragen.

(5) Zur Vorbereitung und Wahrnehmung seiner Aufgaben bedient sich der Zweckverband – wie einer eigenen Dienststelle – der VRS-GmbH, an der er sich zuvor als ausschließlicher Gesellschafter beteiligt.

(6) Die Durchführung des Verkehrs und damit die Übernahme einer unternehmerischen Tätigkeit in diesem Bereich ist nicht Aufgabe des Zweckverbandes. Sie obliegt den im VRS tätigen Verkehrsunternehmen.

§ 4

Gründung des Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR)

(1) Der Zweckverband bildet gemeinsam mit dem Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV) den Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur Rheinland (ZV NVR) gemäß § 5 Abs. 1 b ÖPNVG

(2) Dem Zweckverband NVR obliegen ab dem 01.01.2006 die in § 5 Abs. 3 ÖPNVG NRW festgelegten Aufgaben. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die SPNV-Planung – und –Finanzierung und die pauschalierte Investitionsförderung. Näheres regelt die Satzung des ZV NVR.

(3) Bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des geänderten ÖPNVG NRW sind durch den Zweckverband NVR alle erforderlichen Schritte zur Gewährleistung einer reibungslosen Aufgabenübernahme am 01.01.2008 zu veranlassen.

§ 4
Organe des Zweckverbandes u.a.

(1) Organe des Zweckverbandes sind:

- die Verbandsversammlung (§§ 5 - 9),
- der Verbandsvorsteher (§ 11).

(2) Beim Zweckverband ist durch die Verbandsversammlung zudem ein Hauptausschuss und ein Vergabeausschuss zu bilden.

a)

Der **Hauptausschuss** ist zuständig für die Vorberatung aller Themen und Entscheidungen der Verbandsversammlung, vor allen Dingen, soweit es um verkehrliche Themen geht. Seine Zuständigkeit erstreckt sich nicht auf Themen und Entscheidungen, die in die Zuständigkeit des Vergabeausschusses fallen.

b)

aa)

Der **Vergabeausschuss** befasst sich mit allen Aspekten der Vorbereitung und Durchführung sowie der Realisierung aller Vergabeverfahren, die für den Zweckverband VRS relevante Verkehrsleistungen betreffen. Insbesondere entscheidet er unmittelbar über die Vergabe der Verkehrsleistung(en).

bb)

Bei der Besetzung des **Vergabeausschusses** muss sichergestellt sein, dass Personen, die nach den einschlägigen Rechtsvorschriften (z.B. § 16 VgV) bei Entscheidungen in einem SPNV-Vergabeverfahren nicht mitwirken dürfen, nicht Mitglied des Ausschusses werden und/oder an entsprechenden Entscheidungen nicht mitwirken.

cc)

Beschäftigt sich der **Vergabeausschuss** mit einem konkreten Vergabevorhaben, hat jedes Ausschussmitglied vor der Behandlung schriftlich zu erklären, dass bezüglich jedes der zu behandelnden Verfahren in seiner Person keine Gründe vorliegen, die einen Verstoß gegen die einschlägigen Rechtsvorschriften (insbesondere § 16 VgV) darstellt.

Wird die Erklärung insgesamt oder bezogen auf einzelne Verfahren nicht abgegeben, darf das jeweilige Ausschussmitglied in dieser Sache nicht mitwirken (also insbesondere nicht beraten und/oder entscheiden).

Die Verbandsversammlung kann jederzeit vom Ausschussmitglied verlangen, dass er die Richtigkeit seiner Auskünfte belegt.

(3) Der **Hauptausschuss** und der **Vergabeausschuss** haben jeweils 20 stimmberechtigte Mitglieder.

(4) Die Bildung weiterer Ausschüsse durch die Verbandsversammlung ist möglich.

§ 5
Organe des Zweckverbandes

(1) Organe des Zweckverbandes sind:

- die Verbandsversammlung (§§ 6 - 9),
- der Verbandsvorsteher (§ 10).

Geschieht dies, sind gleichzeitig die Aufgaben dieser Ausschüsse in einer durch die Verbandsversammlung zu beschließende Zuständigkeitsordnung festzulegen.

§ 5

Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden von den Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus dem Kreise ihrer Dienstkräfte gewählt. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen.

(2) Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung. Maßgebend ist der letzte vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik auf ein Jahresende vor der Wahl fortgeschriebene Stand der Wohnbevölkerung. Nach Ablauf von fünf Jahren ist die Zahl entsprechend der vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW herausgegebenen Einwohnerzahlen neu festzulegen.

(3) Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

§ 6

Zuständigkeit der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit nicht durch das GkG oder aufgrund dieser Satzung die Zuständigkeit des Vergabeausschusses oder des Verbandsvorstehers begründet ist.

(2) Die Verbandsversammlung entscheidet insbesondere über jedes Votum des Zweckverbandes als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung der VRS GmbH.

(3) Die Verbandsversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 6

Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden von den Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus dem Kreise ihrer Dienstkräfte gewählt. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen.

(2) Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung. Maßgebend ist der letzte Stand der Wohnbevölkerung in der vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik fortgeschriebenen amtlichen Bevölkerungsstatistik. Eine Überprüfung (und damit ggf. eine Anpassung der Sitze) hat jeweils zum Ende des Jahres zu erfolgen, das dem Jahr vorausgeht, in dem eine Kommunalwahl stattfindet.

§ 7

Zuständigkeit der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund dieser Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist.

(2) Die Verbandsversammlung entscheidet insbesondere über jedes Votum des Zweckverbandes als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung der VRS GmbH.

(3) Die Bildung von Ausschüssen durch die Verbandsversammlung ist möglich. Geschieht dies, sind gleichzeitig die Aufgaben dieser Ausschüsse in einer durch die Verbandsversammlung zu beschließenden Zuständigkeitsordnung festzulegen.

(4) Die Verbandsversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

(5) Die Verbandsversammlung kann u.a. die Entscheidungen über folgende Angelegenheiten nicht übertragen:

- Änderung der Zweckverbandssatzung
- Erlass der Haushaltssatzung
- Wahl des Vorsitzenden der Verbandsversammlung und

§ 7
Einberufung der Versammlung

Die Versammlung ist von ihrem Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens jedoch zweimal im Jahr, schriftlich einzuberufen; ferner wenn 1/5 der Mitglieder der Versammlung das unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes verlangt.

Der Einladung sind die Tagesordnung und die Vorlagen beizufügen. Vorlagen, die zunächst nicht beigelegt werden können, sind unverzüglich nachzureichen. Zwischen der Absendung der Einladung und dem Tage der Versammlung soll eine Frist von mindestens 2 Wochen liegen, wobei der Tag der Absendung der Einladung und der Versammlungstag nicht mitgerechnet werden.

In dringenden Fällen kann die Frist auf eine Woche abgekürzt werden.

Über die in der Versammlung gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift aufzunehmen.

Näheres regelt die Geschäftsordnung.

§ 9
Beschlussfähigkeit und Abstimmungen in der Versammlung und deren Ausschüssen

seiner Stellvertreter

- Wahl des Rechnungsprüfers, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung des Vorstandsvorstehers
- Wahl der Mitglieder eines Ausschusses
- Haushalts- und vermögensrechtliche Entscheidungen von erheblicher Bedeutung (Näheres regelt die Geschäftsordnung)
- Aufnahme und Ausscheiden von Vereinsmitgliedern
- Auflösung des Zweckverbandes
- Übertragung von Angelegenheiten auf benachbarte Zweckverbände
- Beschluss über eine Vereinsumlage
- Entsendung der Mitglieder sowie der Stellvertreter in die Vereinsversammlung des ZV NVR gem. § 15 GKG NRW
- Abgabe eines verbindlichen Vorschlags für die Wahl von Mitgliedern in die Ausschüsse der Vereinsversammlung des ZV NVR aus dem Kreis der entsandten Mitglieder

§ 8
Vorsitz und Einberufung der Versammlung

(1) Die Versammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer Wahlzeit einen Vorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende.

(2) Die Versammlung ist von ihrem Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens jedoch zweimal im Jahr, schriftlich einzuberufen; ferner wenn 1/5 der Mitglieder der Versammlung das unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes verlangt.

Der Einladung sind die Tagesordnung und die Vorlagen beizufügen. Vorlagen, die zunächst nicht beigelegt werden können, sind unverzüglich nachzureichen. Zwischen der Absendung der Einladung und dem Tage der Versammlung soll eine Frist von mindestens 2 Wochen liegen, wobei der Tag der Absendung der Einladung und der Versammlungstag nicht mitgerechnet werden.

In dringenden Fällen kann die Frist auf eine Woche abgekürzt werden.

Über die in der Versammlung gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift anzufertigen.

Näheres regelt die Geschäftsordnung.

§ 9
Beschlussfähigkeit und Abstimmungen in der Versammlung und deren Ausschüssen

(1) Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen und mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist binnen 3 Tagen eine neue Versammlung zu einem mindestens 8 Tage später liegenden Zeitpunkt einzuberufen. Diese Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig, wenn in der Einladung hierauf hingewiesen ist.

(2) Beschlüsse werden mit mindestens 3/4 der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefasst, sofern nicht in dieser Satzung oder gesetzlich andere Mehrheiten vorgeschrieben sind. Beschlüsse, die zur Veränderung des Leistungsangebotes ausschließlich oder überwiegend auf dem Gebiet eines Verbandsmitgliedes führen, können nur mit der Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Vertreter dieses Zweckverbandsmitgliedes gefasst werden.

(3) Wahlen werden, wenn das Gesetz nichts anderes bestimmt oder wenn niemand widerspricht, durch offene Abstimmung, sonst durch Abgabe von Stimmzetteln, vollzogen.

Gewählt ist, wer mindestens 2/3 der gültigen Stimmen erhalten hat. Erreicht niemand diese Mehrheit, so findet zwischen den Personen, die die beiden höchsten Stimmenzahlen erreicht haben, eine engere Wahl statt. Gewählt ist, wer in dieser engeren Wahl die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(4) Für die Ausschüsse gilt das soeben in den Absätzen 1-3 ausgeführte und die sonstigen, die Regularien betreffenden Regelungen dieser Satzung sinngemäß.

§ 10 Verbandsvorsteher

(1) Die Verbandsversammlung wählt den Verbandsvorsteher aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder auf die Dauer von 6 Jahren, jedoch höchstens für die Dauer seines Amtes. Er wird vertreten vom seinem Vertreter im Hauptamt oder auf Beschluss der Verbandsversammlung durch einen Beamten eines anderen Verbandsmitgliedes.

Der Verbandsvorsteher und dessen Vertreter dürfen der Verbandsversammlung nicht angehören, sie sind jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen teilzunehmen.

(2) Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

(1) Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen wurde und mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist binnen 3 Tagen eine neue Versammlung zu einem mindestens 8 Tage später liegenden Zeitpunkt einzuberufen. Diese neue Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig, wenn in der Einladung hierauf hingewiesen worden ist.

(2) Alle Beschlüsse werden mit mindestens 3/4 der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefasst, sofern nicht in dieser Satzung oder gesetzlich andere Mehrheiten vorgeschrieben sind.

(3) Wahlen werden, wenn das Gesetz nichts anderes bestimmt oder wenn niemand widerspricht, durch offene Abstimmung, ansonsten durch Abgabe von Stimmzetteln, vollzogen.

Gewählt ist, wer mindestens 2/3 der gültigen Stimmen erhalten hat. Erreicht niemand diese Mehrheit, so findet zwischen den Personen, die die beiden höchsten Stimmenzahlen erreicht haben, eine Stichwahl statt. Gewählt ist, wer in dieser Stichwahl die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(4) Für Ausschüsse gelten die Absätze 1-3 sinngemäß.

§ 10 Verbandsvorsteher

(1) Die Verbandsversammlung wählt den Verbandsvorsteher und seinen Stellvertreter aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder auf die Dauer von 6 Jahren, jedoch höchstens für die Dauer seines Amtes.

(2) Der Verbandsvorsteher und dessen Vertreter dürfen der Verbandsversammlung angehören. Ist dies nicht der Fall, sind sie jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen und den Sitzungen etwa gebildeter Ausschüsse teilzunehmen.

(3) Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes nach Maßgabe der Gesetze, der vorliegenden Zweckverbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung.

(4) Der Verbandsvorsteher vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

(3) Der Vorstandsvorsteher hat jährlich vor Beginn des Haushaltsjahres den Entwurf der Haushaltssatzung festzustellen und der Verbandsversammlung vorzulegen. Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 11 Landesförderung

Der Zweckverband finanziert sich aus den Zuwendungen des Landes NRW nach den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften insbesondere nach dem ÖPNVG NRW (vgl. z.B. § 14 Abs. 2).

§ 12 Verbandsumlage

Die Erhebung einer Verbandsumlage bzw. die Umgestaltung einer beschlossenen Verbandsumlage bedarf einer gesonderten Entscheidung der Verbandsversammlung im Einzelfall. Gleiches gilt für die Gestaltung der Umlagemodalitäten. Diese Entscheidung bedarf einer Mehrheit von 3/4 der anwesenden Mitglieder der Verbandsversammlung.

§ 13 Finanzierung innerlokaler und interlokaler Verkehre

(1) Die finanzielle Abwicklung von Verkehrsleistungen, die ausschließlich auf dem Gebiet eines Aufgabenträgers erbracht werden (innerlokale Verkehre), ist alleinige Angelegenheit dieses Aufgabenträgers.

(5) Der Vorstandsvorsteher hat jährlich vor Beginn des Haushaltsjahres den Entwurf der Haushaltssatzung festzustellen und der Verbandsversammlung vorzulegen.

§ 11 Durchführung der Aufgaben

(1) Die operative Umsetzung der im öffentlichen Interesse liegenden ÖPNV-Aufgaben insbesondere die Hinwirkungspflicht auf einen Gemeinschaftstarif und einheitliche Beförderungsbedingungen gemäß § 3 dieser Satzung erfolgt durch die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH. Der Zweckverband bedient sich ihrer wie einer eigenen Dienststelle und ist ihr alleiniger Gesellschafter.

(2) Der Zweckverband ist berechtigt, sich an weiteren Gesellschaften des öffentlichen und/oder privaten Rechts zu beteiligen oder diese (mit) zu gründen, wenn die rationelle und Kosten sparende Erfüllung der Verbandsaufgaben dadurch gefördert wird. Die Vorgaben der GO NRW, insbesondere die §§ 107 ff sind zu beachten.

(3) Die Durchführung eines Verkehrs / von Verkehren und damit die Übernahme einer unternehmerischen Tätigkeit ist nicht Aufgabe des Zweckverbandes.

§ 12 Finanzierung des Zweckverbandes

(1) Der Zweckverband finanziert sich aus den Zuwendungen nach § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW – ÖPNV-Pauschale.

(2) Die Erhebung einer Verbandsumlage bzw. die Umgestaltung einer beschlossenen Verbandsumlage zur Abdeckung von Regiekosten beim Zweckverband bzw. bei der VRS GmbH bedarf einer gesonderten Entscheidung der Verbandsversammlung im Einzelfall. Im Falle der Entscheidung für eine Verbandsumlage wird diese nach dem Stand der Wohnbevölkerung in der letzten vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik fortgeschriebenen amtlichen Bevölkerungsstatistik erhoben.

(5) Haushaltsjahr ist jeweils das Kalenderjahr.

§ 13 Finanzierung innerlokaler und interlokaler Verkehre

(1) Die finanzielle Abwicklung von Verkehrsleistungen, die ausschließlich auf dem Gebiet eines Aufgabenträgers erbracht werden (innerlokale Verkehre), ist alleinige Angelegenheit dieses Aufgabenträgers.

(2) Für Verkehrsleistungen, die auf den Gebieten von mindestens 2 Aufgabenträgern erbracht werden (interlokale Verkehre), findet aufgrund einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung eine pauschalierte Aufwandabdeckung zwischen diesen statt. Die pauschalierte Aufwandabdeckung ist von den Aufgabenträgern zu entrichten, die Leistungen eines kommunalen Unternehmens, an dem sie nicht unmittelbar beteiligt sind, in Anspruch nehmen. Sie richtet sich nach den durchschnittlichen unternehmensspezifischen Aufwanddeckungsfehlbeträgen je gefahrenem Platz-Kilometer (ersatzweise Fahrzeug-Kilometer). Das Verfahren zur Ermittlung der durchschnittlichen unternehmensspezifischen Aufwanddeckungsfehlbeträge je Verkehrsmittel und Betriebsleistungseinheit ist in einer gesonderten Richtlinie geregelt. Dabei ist zwischen den Betriebsarten Schiene und Bus zu differenzieren.

Von der Erhebung der Pauschale für einen interlokalen Verkehr ist abzusehen, wenn die Beteiligten die Kostentragung für die einzelnen Verkehrsleistungen durch eine vertragliche Vereinbarung anderweitig regeln.

§ 14

Verbandsumlage bei Tarifauflagen

(1) Die Erhebung einer Verbandsumlage bei Tarifauflagen nach Artikel 1 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel 2 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nummer 1191/69 F 91 bedarf einer gesonderten Entscheidung der Versammlung im Einzelfall. Die Entscheidung bedarf einer Mehrheit von 3/4 der anwesenden Mitglieder der Versammlung.

(2) Sollte vom Zweckverband, aus allgemeinen politischen oder wirtschaftlichen Erwägungen heraus, eine Tarifaufgabe i. S. v. Art. 2 Abs. 5 VO (EG) 1191/69 F 91 beschlossen werden, so beschränkt sich der Ausgleichsanspruch der Verkehrsunternehmen auf den Ausgleich nach Art. 11 Abs. 1 VO (EG) 1191/69 F 91.

Diese Beschränkung der Ausgleichsverpflichtung ist in den Kooperationsverträgen zwischen dem Zweckverband und den Verkehrsunternehmen festzuschreiben.

(3) Die Zweckverbandsmitglieder können die von ihnen nach § 14 Abs. 1 aufzubringenden Umlagebeträge um die folgenden Beträge kürzen:

a) Freiwillige unmittelbare und mittelbare Leistungen an die am Verkehrsverband beteiligten Verbundverkehrsunternehmen, soweit sie bei diesen zu einer Minderung der Fehlbeträge aus dem Verbundverkehr geführt haben.

b) Bei Verkehrsbetrieben, die mit anderen Betrieben, z. B. Versorgungsbetrieben, zu einem Unternehmen zusammengefasst sind oder die als Organgesellschaft eines anderen Unternehmens geführt werden, um das positive Ergebnis der anderen Betriebe oder Unternehmen, soweit es zur Abdeckung des Fehlbetrages verwandt worden ist.

(2) Für Verkehrsleistungen, die auf den Gebieten von mindestens 2 Aufgabenträgern erbracht werden (interlokale Verkehre), findet aufgrund einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung eine pauschalierte Aufwandabdeckung zwischen diesen statt. Die pauschalierte Aufwandabdeckung ist von den Aufgabenträgern zu entrichten, die Leistungen eines kommunalen Unternehmens, an dem sie nicht unmittelbar beteiligt sind, in Anspruch nehmen. Sie richtet sich nach den durchschnittlichen unternehmensspezifischen Aufwanddeckungsfehlbeträgen je gefahrenem Platz-Kilometer (ersatzweise Fahrzeug-Kilometer). Das Verfahren zur Ermittlung der durchschnittlichen unternehmensspezifischen Aufwanddeckungsfehlbeträge je Verkehrsmittel und Betriebsleistungseinheit ist in einer gesonderten Richtlinie geregelt. Dabei ist zwischen den Betriebsarten Schiene und Bus zu differenzieren.

Von der Erhebung der Pauschale für einen interlokalen Verkehr ist abzusehen, wenn die Beteiligten die Kostentragung für die einzelnen Verkehrsleistungen durch eine vertragliche Vereinbarung anderweitig regeln.

§ 14

Verbandsumlage bei Tarifauflagen

(1) Die Erhebung einer Verbandsumlage bei Tarifauflagen nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen (derzeit: Artikel 1 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel 2 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nummer 1191/69 F 91) bedarf einer gesonderten Entscheidung der Versammlung im Einzelfall. Die Entscheidung bedarf einer Mehrheit von 3/4 der anwesenden Mitglieder der Versammlung.

(2) Sollte vom Zweckverband, aus allgemeinen politischen oder wirtschaftlichen Erwägungen heraus, eine Tarifaufgabe i. S. der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften (derzeit: v. Art. 2 Abs. 5 VO (EG) 1191/69 F 91) beschlossen werden, so beschränkt sich der Ausgleichsanspruch der Verkehrsunternehmen auf den Ausgleich nach den entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen (derzeit: Art. 11 Abs. 1 VO (EG) 1191/69 F 91).

Diese Beschränkung der Ausgleichsverpflichtung ist in den Kooperationsverträgen zwischen dem Zweckverband und den Verkehrsunternehmen festzuschreiben.

(3) Die Zweckverbandsmitglieder können die von ihnen nach § 14 Abs. 1 aufzubringenden Umlagebeträge um die folgenden Beträge kürzen:

a) Freiwillige unmittelbare und mittelbare Leistungen an die am Verkehrsverband beteiligten Verbundverkehrsunternehmen, soweit sie bei diesen zu einer Minderung der Fehlbeträge aus dem Verbundverkehr geführt haben.

b) Bei Verkehrsbetrieben, die mit anderen Betrieben, z. B. Versorgungsbetrieben, zu einem Unternehmen zusammengefasst sind oder die als Organgesellschaft eines anderen Unternehmens geführt werden, um das positive Ergebnis der anderen Betriebe oder Unternehmen, soweit es zur Abdeckung des Fehlbetrages verwandt worden ist.

In Höhe der durch das Verbandsmitglied vorgenommenen Kürzung erlischt der Anspruch des Zweckverbandes.

§ 15

Leistungen des Zweckverbandes

(1) Der Zweckverband finanziert die Leistungen zur Durchführung der gesetzlichen Aufgaben, insbesondere der des SPNV aus Mitteln des Landes.

(2) Für die Verwendung der vom Zweckverband weitergeleiteten Landesmittel sind die Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung (LHO) zu beachten.

8

Auslagenersatz und Verdienstaussfall

(1) Die Mitglieder der Verbandsversammlung sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten zur Abgeltung des Aufwands, der ihnen für die Teilnahme an Sitzungen der Verbandsversammlung, der Ausschüsse sowie an von der Fraktion anberaumten Sitzungen entsteht, einen Auslagenersatz.

(2) Der Auslagenersatz wird bis zu einer Höhe von maximal 76,- Euro je Sitzung aufgrund glaubhaft gemachter Angaben gewährt. Der Auslagenersatz kann bis maximal 76,- Euro individuell pauschaliert werden, wenn von den betreffenden Mitgliedern der Verbandsversammlung über einen längeren Zeitraum nachgewiesen wird, dass stets Auslagen in gleich bleibender Höhe entstehen.

(3) Außerdem haben die Mitglieder der Verbandsversammlung für die Teilnahme an Sitzungen der Verbandsversammlung, ihrer Ausschüsse sowie an von der Fraktion anberaumten Sitzungen Anspruch auf Ersatz des Verdienstaussfalls.

Der Verdienstaussfall wird für jede angefangene Stunde der versäumten regelmäßigen Arbeitszeit errechnet.

(4) Alle Mitglieder haben mindestens Anspruch auf einen Regelstundensatz von 7,- Euro, es sei denn, daß sie ersichtlich keine Nachteile erlitten haben.

(5) Unselbständigen wird über den Regelsatz hinaus der tatsächlich entstandene höhere und nachgewiesene Verdienstaussfall ersetzt, höchstens jedoch 20,- Euro pro Stunde.

(6) Selbständige erhalten eine Verdienstaussfallpauschale. Sie wird im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Einkommens nach Ermessen, mindestens jedoch in Höhe des Regelstundensatzes des Absatz 4, festgesetzt. Sie darf jedoch höchstens 20,- Euro betragen.

(7) Personen, die einen Haushalt mit mindestens zwei Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die Zeit der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt mindestens den Regelstundensatz i. S. d. Absatzes 4. Statt des Regelstun-

In Höhe der durch das Verbandsmitglied vorgenommenen Kürzung erlischt der Anspruch des Zweckverbandes.

§ 15

Auslagenersatz und Verdienstaussfall

(1) Die Mitglieder der Verbandsversammlung sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten zur Abgeltung des Aufwands, der ihnen für die Teilnahme an Sitzungen der Verbandsversammlung, der Ausschüsse sowie an von der Fraktion anberaumten Sitzungen entsteht, einen Auslagenersatz.

(2) Der Auslagenersatz wird bis zu einer Höhe von maximal 76,- Euro je Sitzung aufgrund glaubhaft gemachter Angaben gewährt. Der Auslagenersatz kann bis maximal 76,- Euro individuell pauschaliert werden, wenn von den betreffenden Mitgliedern der Verbandsversammlung über einen längeren Zeitraum nachgewiesen wird, dass stets Auslagen in gleich bleibender Höhe entstehen.

(3) Außerdem haben die Mitglieder der Verbandsversammlung für die Teilnahme an Sitzungen der Verbandsversammlung, ihrer Ausschüsse sowie an von der Fraktion anberaumten Sitzungen Anspruch auf Ersatz des Verdienstaussfalls.

Der Verdienstaussfall wird für jede angefangene Stunde der versäumten regelmäßigen Arbeitszeit errechnet.

(4) Alle Mitglieder haben mindestens Anspruch auf einen Regelstundensatz von 7,- Euro, es sei denn, dass sie ersichtlich keine Nachteile erlitten haben.

(5) Unselbständigen wird über den Regelsatz hinaus der tatsächlich entstandene höhere und nachgewiesene Verdienstaussfall ersetzt, höchstens jedoch 20,- Euro pro Stunde.

(6) Selbständige erhalten eine Verdienstaussfallpauschale. Sie wird im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Einkommens nach Ermessen, mindestens jedoch in Höhe des Regelstundensatzes des Absatz 4, festgesetzt. Sie darf jedoch höchstens 20,- Euro betragen.

(7) Personen, die einen Haushalt mit mindestens zwei Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche

densatzes werden auf Antrag die notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt ersetzt, höchstens jedoch 20,- Euro pro Stunde.

Sofern durch mandatsbedingte Abwesenheit vom Haushalt eine entgeltliche Kinderbetreuung notwendig ist, werden die nachgewiesenen Kosten auf Antrag erstattet, höchstens jedoch 20,- Euro pro Stunde. Kinderbetreuungskosten werden nicht für Zeiträume erstattet, für die eine Entschädigung nach Satz 1 geleistet wird.

(8) Der tägliche Höchstbetrag der Verdienstaussfallentschädigung beträgt 81,- Euro.

(9) Grundlage für die Zahlung des Auslagenersatzes und der Verdienstaussfallentschädigung ist die Anwesenheitsliste.

(10) An jedes Mitglied der Versammlung und jedes stellvertretende Mitglied der Versammlung wird für die Zeit der Gremienmitgliedschaft ein VRS-Dienstfahrausweis ausgegeben. Der Fahrausweis berechtigt für Fahrten, die das Gremien-Mitglied im Interesse des VRS im erweiterten VRS-Verbundtarifraum durchführt.

§ 16 Rechnungsprüfung

(1) Der Zweckverband bedient sich zur Durchführung seiner Prüfungsaufgaben eines Rechnungsprüfungsamtes eines Mitgliedes oder eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers. Die Beauftragung erfolgt durch die Versammlung.

Soweit dem Zweckverband Ausgleichszahlungen des Landes zufließen, steht dem Landesrechnungshof ein Prüfungsrecht nach § 91 LHO beim Zweckverband zu.

(2) Einzelheiten regelt eine von der Versammlung zu beschließende Rechnungsprüfungsordnung.

§ 17 Ausscheiden von Verbandsmitgliedern, Auflösen des Verbandes

(1) Der Antrag eines Verbandsmitgliedes, aus dem Zweckverband auszuscheiden, muss mit einer Frist von zwei Jahren zum Ende eines Rechnungsjahres schriftlich gestellt werden. Der Antragsteller hat einen Anspruch auf Entscheidung innerhalb eines Jahres. § 21 GKG bleibt unberührt.

(2) Die von dem Ausscheidenden in seiner Eigenschaft als

erwerbstätig sind, erhalten für die Zeit der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt mindestens den Regelstundensatz i. S. d. Absatzes 4. Statt des Regelstundensatzes werden auf Antrag die notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt ersetzt, höchstens jedoch 20,- Euro pro Stunde.

Sofern durch mandatsbedingte Abwesenheit vom Haushalt eine entgeltliche Kinderbetreuung notwendig ist, werden die nachgewiesenen Kosten auf Antrag erstattet, höchstens jedoch 20,- Euro pro Stunde. Kinderbetreuungskosten werden nicht für Zeiträume erstattet, für die eine Entschädigung nach Satz 1 geleistet wird.

(8) Der tägliche Höchstbetrag der Verdienstaussfallentschädigung beträgt 100,- Euro.

(9) Grundlage für die Zahlung des Auslagenersatzes und der Verdienstaussfallentschädigung ist die Anwesenheitsliste.

(10) An jedes Mitglied der Versammlung und jedes stellvertretende Mitglied der Versammlung wird für die Zeit der Gremienmitgliedschaft ein VRS-Dienstfahrausweis ausgegeben. Der Fahrausweis berechtigt für Fahrten, die das Gremien-Mitglied im Interesse des VRS im erweiterten VRS-Verbundtarifraum durchführt.

§ 16 Sonstiges

Die Funktionsbezeichnungen dieser Satzung werden entsprechend § 12 GO NRW in weiblicher oder männlicher Form geführt.

§ 17 Rechnungsprüfung

(1) Der Zweckverband bedient sich zur Durchführung seiner Prüfungsaufgaben eines Rechnungsprüfungsamtes eines Mitgliedes oder eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers. Die Entscheidung obliegt der Versammlung.

(2) Einzelheiten regelt eine von der Versammlung zu beschließende Rechnungsprüfungsordnung.

§ 18 Ausscheiden von Verbandsmitgliedern, Auflösen des Verbandes

(1) Der Antrag eines Verbandsmitgliedes, aus dem Zweckverband auszuscheiden, muss mit einer Frist von zwei Jahren zum Ende eines Rechnungsjahres schriftlich gestellt werden. Der Antragsteller hat einen Anspruch auf Entscheidung

Mitglied dem Verband erbrachten Leistungen verbleiben dem Zweckverband.

Das ausscheidende Verbandsmitglied hat den übrigen Verbandsmitgliedern in entsprechender Anwendung der §§ 739, 740 BGB für einen etwaigen Fehlbetrag entsprechend der Finanzierungsregelung aufzukommen und nimmt an dem Verlust teil, welcher sich aus den zurzeit seines Ausscheidens schwebenden Geschäften ergibt. Im übrigen findet eine Auseinandersetzung über das Vermögen des Verbandes nicht statt.

(3) Bei der Auflösung des Verbandes haben die Verbandsmitglieder eine Vereinbarung über die Verwendung des Vermögens und über die Schulden zu treffen. Kommt eine einvernehmliche Vereinbarung der Verbandsmitglieder nicht zustande, entscheidet die Aufsichtsbehörde nach billigem Ermessen.

§ 18

Ergänzende Rechtsvorschriften

Soweit diese Satzung oder eine darauf basierende Geschäftsordnung und das GkG keine besonderen Vorschriften enthalten, finden die Vorschriften der GO NW in der jeweils gültigen Fassung sinngemäß Anwendung.

§ 19

Öffentliche Bekanntmachung

Öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes erscheinen im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln.

innerhalb eines Jahres. § 21 GkG bleibt unberührt.

(2) Die von dem Ausscheidenden in seiner Eigenschaft als Mitglied dem Verband erbrachten Leistungen verbleiben dem Zweckverband.

Das ausscheidende Verbandsmitglied hat den übrigen Verbandsmitgliedern in entsprechender Anwendung der §§ 739, 740 BGB für einen etwaigen Fehlbetrag entsprechend der Finanzierungsregelung aufzukommen und nimmt an dem Verlust teil, welcher sich aus den zurzeit seines Ausscheidens schwebenden Geschäften ergibt. Im übrigen findet eine Auseinandersetzung über das Vermögen des Verbandes nicht statt.

(3) Bei der Auflösung des Verbandes haben die Verbandsmitglieder eine Vereinbarung über die Verwendung des Vermögens und über die Schulden zu treffen. Kommt eine einvernehmliche Vereinbarung der Verbandsmitglieder nicht zustande, entscheidet die Aufsichtsbehörde nach billigem Ermessen.

§ 19

Ergänzende Rechtsvorschriften

Soweit diese Satzung oder eine darauf basierende Geschäftsordnung und das GkG keine besonderen Vorschriften enthalten, finden die Vorschriften der GO NRW in der jeweils gültigen Fassung sinngemäß Anwendung.

§ 20

Öffentliche Bekanntmachung

Öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes erscheinen im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln.